



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

XII/283 - 11. Dezember 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24834 - 33  
Fernschreiber 0686890

hinweise  
auf den Inhalt:

les doch McElroy!	S. 1
Frankws Kampf gegen die "Republikflucht"	S. 3
Spätaussiedlerproblem: Kinder ohne Muttersprache	S. 5
Landkinder müssen schwer arbeiten	S. 7

## Ein übles Spiel mit der deutschen Öffentlichkeit

sp- Er kommt, er kommt nicht, Strauss trifft ihn, Strauss trifft ihn nicht. Gemeint ist der amerikanische Verteidigungsminister McElroy, der in der Bundesrepublik weilt, die hier stationierten amerikanischen Truppen und Berlin besuchte und der angeblich keinen Kontakt mit der Bundesregierung aufnehmen wollte. Die Information des Sozialdemokratischen Pressedienstes vom Montag, McElroy werde mit einem Vertreter der Bundesregierung zusammentreffen, wurde sofort dementiert. Namhafte Korrespondenten berichteten daher ihren Zeitungen, der amerikanische Verteidigungsminister werde Bonn "meiden"; es werde nicht zu einem Treffen zwischen ihm und einem Vertreter der Bundesregierung kommen. Alle diesbezüglichen Spekulationen seien hinfällig.

Tatsache ist jedoch, dass sowohl dem Auswärtigen Amt wie dem Verteidigungsministerium am Montag des Gegenteil bekannt war. Es ist auch anzunehmen, dass der Bundespressesekretar Bescheid wusste. Trotzdem gab er sich unwissend und liess die Korrespondenten der deutschen Zeitungen im Dunkeln tappen.

Dieses üble Spiel mit der deutschen Öffentlichkeit ist ein Skandal. Es scheint zu den Methoden der Bundesregierung zu gehören, ihre wahren Absichten vor dem Volk zu verbergen. Was - 2 -

würde es schaden, wenn man von vornherein die Wahrheit gesagt hätte? Dass die deutschen Militärs mit den amerikanischen Militärs schon seit langem über die Erweiterung von bereits eingerichteten amerikanischen Raketenabschussbasen in der Bundesrepublik verhandeln, ist ohnehin bekannt. Und dass der amerikanische Verteidigungsminister mit dem Verteidigungsminister der Bundesrepublik wenige Tage vor Beginn der NATO-Konferenz über das gleiche Thema spricht, ist weder eine Schande noch eine geheimzuhaltende Staatsaktion.

Jetzt wird man uns natürlich erzählen, es handele sich nur um einen Höflichkeitsbesuch. Das ist zwar auch richtig, aber nur ein Teil der Wahrheit. Wenn der Bundesverteidigungsminister seinen amerikanischen Kollegen trifft, nimmt er eine Kappe mit vorbereiteten Projekten zum Bau von weiteren Raketenabschussbasen in der Bundesrepublik mit. Und wenn unsere Informationen richtig sind, wird der bundesrepublikanische Verteidigungsminister mit seinem amerikanischen Kollegen auch über die Frage sprechen wollen, wer die Kosten für den Bau dieser Abschussbasen tragen soll. Nach Lage der Dinge ist kaum damit zu rechnen, dass Strauss etwas anbieten wird. Er dürfte sich vielmehr bitten lassen, um dann günstigere Bedingungen aushandeln zu können.

Aber unabhängig davon: man soll in Bonn endlich aufhören, die deutsche Öffentlichkeit für dumm verkaufen zu wollen. Wenn der Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers sogar die Aussetzung einer bereits angekündigten Kabinettsitzung zur Folge hat, dann handelt es sich weder um einen "Höflichkeitsbesuch", noch um eine Angelegenheit, die mit mehr oder weniger undurchsichtigen Informationen an die Presse abgetan werden kann.

### Jetzt Sippenhaft für Flucht aus der Zone ?

K.J. "Auf republikflüchtige Jugendliche lauert der Tod". So überschrieb das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" am Dienstag seinen Bericht über die ostberliner Pressekonferenz, auf der Volkskammerpräsident Dieckmann über die "Abwerbung" Jugendlicher aus der Zone sprach. Im Faksimile wird die "französische Todesnachricht an eine deutsche Mutter" wiedergegeben. "Der Nationalrat klagt vor dem Gewissen der Welt die Behörden der Bundesrepublik an, unter Verletzung des Völkerrechts Bürger aus der DDR anzuwerben, um sie für ihre kriegerischen Zwecke, für die Ziele der NATO, zu missbrauchen", heisst es. Frankreich soll die Werbung für die Fremdenlegion verboten werden.

Gut und schön: Sich für Frankreich in Algerien den Tod zu holen, davon möchten auch wir jedem Jugendlichen abraten - gleich, ob er in der Bundesrepublik oder in der Zone zuhause ist. Und für die Mutter aus Pasewalk, die ihren gefallenen Sohn, den Fremdenlegionär, auf der ostberliner Schauausstellung öffentlich betrauern musste, empfinden wir in jeder Hinsicht tiefes Mitleid.

Aber geht es tatsächlich den Pankowern um die Fremdenlegionärewerbung? Natürlich nicht. Von hundert jugendlichen Zonenflüchtlingen geht kaum einer in die Fremdenlegion. Das ist nicht das Problem. Die Zonenregierung sucht verzweifelt nach einem plausiblen Grund, um die Massenflucht der Mitteldeutschen zu verhindern, vor allem der Jugendlichen. Sehen wir uns einmal die Statistik an: Täglich verlassen rund 300 "DDR"-Bürger ihre Heimat - das ist die Einwohnerzahl eines mittleren Dorfes. Am 31. Dezember werden wir wieder 250 000 Flüchtlinge allein für das Jahr 1957 registrieren. Über die Hälfte dieser Flüchtlinge sind Jugendliche unter 25 Jahren.

Pankow will diesen Adeßlass nicht länger hinnehmen. Aber anstatt alles daran zu setzen, die Verhältnisse in der Zone zu bessern und so auf natürlichen Wege die Fluchtbewegung abzustoppen, versuchen Partei und Staat drüben die wirklichen Motive der Massenflucht zu vertuschen, die Öffentlichkeit auf vielfältige Weise irrezuführen - jetzt mit dem Fremdenlegionsgespenst.

Der Zeitpunkt für die Montag-Pressekonferenz Dieckmanns war nicht zufällig gewählt. Zwei Tage später versammelten sich früh um 9 Uhr die Abgeordneten der Zonen-Volkskammer, um neue Gesetze zu verabschieden. Lapidar lautete einer der Tagesordnungspunkte: Justizfragen. Seit Woche

liegt der Entwurf eines Gesetzes vor, das der "Republikflucht" einen energischen Riegel vorschoben will. Die illegale Auswanderung soll unter Strafe gestellt werden, die Achthundert täglich lassen die SED-Machthaber nicht mehr ruhig schlafen. Wie sich das avisierte "Strafrechtsergänzungsgesetz" in der Praxis und im Einzelnen ausnehmen wird, kann man im Augenblick noch nicht sagen. Bald wird man es genau wissen.

Das aber weiss man: Die "Abwerbung" wird nun paraphiertes "Verbrechen". Bisher behelf man sich nonchalant mit dem Gummiartikel 6 der Zonenverfassung, der "Mord-, Boykott- und Kriegshetze" unter Strafe stellt und damit schon für viele Tausende die Zuchthausstore öffnete, darunter die "Abwerber". An der Auslegung der neuen Gesetzesparagrafen wird es liegen, ob man auch aus jedem Flüchtling einen kriminellen Täter machen kann. Die mitteldeutsche Öffentlichkeit ist auf Schlimmes vorbereitet - nicht zuletzt durch die zonale Pressekampagne, die schon vor Wochen einsetzte und jeden Flüchtling pauschal als "Verräter an den friedlichen Interessen des deutschen Volkes" bezeichnete. Eine Bezirksparteiaktiv-Fagung in Leipzig drückte bereits mit der Sippenhaft. Laut "Leipziger Volkszeitung" wurde "... die Frage aufgeworfen, ob es überhaupt noch verträglich ist, dass Söhne und Töchter Republikflüchtiger an unseren Oberschulen und Universitäten studieren können und Stipendien erhalten". Zugleich wird durch SED, FDJ, die Massenorganisationen und die Schulleitungen ein massiver Druck auf die "staatspolitisch unverlässige Elternschaft" ausgeübt, damit sie ihre Kinder zur "Eiche zur DDR und zum Sozialismus" erzieht und nicht potentielle "Republikflüchtlinge".

Aus dem Geheimprotokoll der 33. Plenarsitzung des SED-Zentralkomitees geht klar hervor, dass die SED als das ärgste Übel im Staate diese Ost-West-Wandlung sieht. Die Leiterin der Parteihochschule, Hanna Wolf, betitelte alle Flüchtlinge durch die Fank weg als "Schweine, Überläufer, Deserteurs" und Alois Pienik, 1. SED-Bezirkssekretär von Magdeburg, musste resigniert feststellen, dass es der Jugend besser im Westen gefällt und alle bisherigen "Überzeugungsversuche" scheiterten.

Das Strafrechtsergänzungsgesetz Fankow beinhaltet auch die "bedingte Verurteilung" und den "öffentlichen Tadel". Das sieht auf den ersten Blick nach einer Lockerung aus, ist es aber nicht. Justizminister Hilde Benjamin hat bereits hinter den verschlossenen ZK-Türen erklärt, dass "Schieber und Spekulanten" - das sind nach Fankower Vorstellungen auch Menschen, die in Westberlin einkaufen - hinter Schloss und Riegel gehören. Den öffentlichen Tadel will sie nur bei ähnlichen Delikten wie "Betrinken und üblen Schlägereien" angewandt wissen.

Alles in allem: Die Unfreiheit in der Zone wird komplettiert. Es fragt sich nur, wie lange die Mitteldeutschen den zunehmenden Druck aushalten können, ohne vollends zu resignieren. Oder zu explodieren... ?

### Schwere Aufgabe für Pädagogen

Zu den beiden grossen Flüchtlings- und Vertriebenenwellen, und zwar den seit 1945 aus den Gebieten jenseits der Oder und Neisse vertriebenen Deutschen und den beginnend von etwa 1947/48 hinzukommenden Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone, haben sich seit dem Beginn des Jahres 1956 als dritter grosser Zustrom die sogenannten "Spätaussiedler", wieder aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten und den südosteuropäischen Ländern, gesellt. Ihre Zahl, soweit sie nach Nordrhein-Westfalen eingewiesen wurden, ist inzwischen bis Ende Oktober 1957 auf rund 48 500 angeschwollen.

Bei dieser dritten Welle der Spätaussiedler ergab sich im Unterschied zu den beiden vorangegangenen als Sonderproblem die Eingliederung der nach Nordrhein-Westfalen im gleichen Zeitraum eingewiesener über 9 000 Kinder und Jugendlichen. Der monatliche Zugang von diesen in das Land Nordrhein-Westfalen eingewiesenen Kindern und Jugendlichen im Alter von 9 bis 21 Jahren beträgt durchschnittlich 800, die etwa zu gleichen Teilen der evangelischen und der katholischen Konfession angehören.

Ein grosser Teil dieser jungen Menschen hat in seinem bisherigen Leben entweder gar keine Schulausbildung oder doch keine Schulausbildung in deutscher Sprache genossen. Zum Teil war den Jugendlichen sogar der Gebrauch ihrer deutschen Muttersprache untersagt, so dass sie diese teilweise oder völlig verlernt hatten; zum Teil haben sie nie richtig deutsch sprechen gelernt. Für diese jungen deutschen Menschen besteht die Gefahr, dass sie ohne berufliche Aufstiegs- und Ausbildungsmöglichkeiten verbleiben. Vor allem handelt es sich hier um die an sich nicht mehr volksschulpflichtigen Jugendlichen von 14 bis 21 Jahren.

Angesichts dessen hat der für das Vertriebenen- und Flüchtlingswesen in Nordrhein-Westfalen zuständige Arbeits- und Sozialminister Massnahmen eingeleitet, um die versäumte Schulausbildung bzw. das Lernen der deutschen Sprache nachzuholen und sie menschlich, sozial und wirtschaftlich harmonisch einzugliedern. In Zusammenarbeit mit den sich hierfür anbietenden Verbänden der Caritas, der inneren Mission und der Arbeiterwohlfahrt, wurden sogenannte Förderschulmassnahmen für spät-

rückgeführte Kinder und Jugendliche getroffen. Der Schwerpunkt lag hierbei auf der Einrichtung von "Förderschulinternaten", die zur Zeit von den drei grossen Trägerverbänden "Landesverband der Inneren Mission und Evangelisches Hilfswerk" in Münster, "Caritasverband für das Erzbistum Paderborn" (Abteilung katholische Osthilfe) und "Meinwerkinstitut", Paderborn, getragen werden. Daneben sind auch einige Kommunalverwaltungen dazu übergegangen, Jugendliche klassenweise zusammenzufassen und entsprechenden Unterricht zu erteilen.

Nach einer Ausbildung von durchschnittlich einem halben bis einhalb Jahren erlangen die Jugendlichen die deutsche Volksschulreife und sind damit in der Lage, im Berufsleben ausbildungsmässig mit denselben Voraussetzungen anzutreten, die der einheimische Jugendliche nach Abschluss der Volksschule besitzt. In einigen Förderklassen werden auch Jugendliche (vor allem aus Oberschlesien), die bereits eine polnische Oberschule besucht haben, für die Aufnahme in deutsche höhere Schulen vorbereitet.

An Beihilfen für die Herrichtung und Einrichtung von Förderschulinternaten für spätausgesiedelte Kinder und Jugendliche wurden im Zeitraum von Anfang 1956 bis Mitte November 1957 607 132 DM aufgewendet. Ausserdem stellte das Arbeits- und Sozialministerium für kulturelle Betreuungsmassnahmen im Jahre 1956 rund 63 120 DM und 1957 = 154 010 DM an Landesmitteln zur Verfügung, so dass bis Mitte November 1957 insgesamt 824 262 DM für diese Zwecke vom Land gegeben wurden. Hinzu kamen bisher an Bundesmitteln (Einrichtungszuschüsse) 298 683 DM, das heisst rund 36% der Landeszuschüsse. Von Land und Bund sind also bisher insgesamt 1 122 945 DM für diese Zwecke aufgewendet worden.

Zur Zeit sind in 51 Förderschulinternaten des Landes nahezu 2 200 Plätze vorhanden, während die Zahl der voraussichtlich noch erforderlichen Plätze 800 beträgt. Davon benötigen der Caritasverband etwa 200 und die Innere Mission ca. 600 Plätze. Auch die Arbeiterwohlfahrt ist im Begriff, eine derartige Schulmassnahme mit 50 Plätzen einzurichten.

## Eine Untersuchung der Agrarsozialen Gesellschaft

dt. Göttingen - im Dezember

Unter den Vorlagen, die der zweite Bundestag seinem Nachfolger überlassen hat, befindet sich auch das Jugendarbeitsschutzgesetz. Die Arbeit muss neu aufgenommen werden; wie dringend das Gesetz ist, hat erst kürzlich eine Untersuchung der Agrarsozialen Gesellschaft in Göttingen über "Kinderarbeit auf dem Lande" bewiesen. Es ist eine saubere, gründliche Studie, die die Göttinger Gesellschaft nach wissenschaftlichen Prinzipien im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt nach mehr als einjähriger Forschungsarbeit in Form einer Broschüre der Öffentlichkeit und nicht zuletzt den zuständigen Stellen des Bundestages vorgelegt hat. Mit einem sorgfältig ausgearbeiteten Fragebogen wurden die Kinder in 31 Gemeinden in Südhannover, Nordhessen und Baden getestet, wie weit sie ausserhalb der Schule zur Arbeit herangezogen werden. Um eine Beeinflussung der Kinder durch die "schuldigen" Eltern zu vermeiden, musste die Befragung in die Schule verlegt werden. Die Kinder wurden ausserdem bewegt, für einen Zeitraum von zwei Wochen Tagebücher zu führen. Die zuständigen Kultusministerien gaben gern ihre Zustimmung, zumal die letzte grosse Befragung dieser Art auf das Jahr 1922 zurückgeht. Viel hat sich seit damals nicht geändert.

### "Freizeit gibt es in der Woche nicht"

In den 31 Dörfern leben 2 502 Volksschulkinder, 599 davon im Alter von 6 bis 7 Jahren scheidet aus, weil sie, wie die Fragebogen ergaben, noch nicht arbeiten. Es blieben 1 903 Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren übrig, davon 730 "Bauernkinder", die, wie die Untersuchung lehrt, am stärksten beansprucht werden, vor allem in kleinbäuerlichen Betrieben. Zusammengefasst kommt Frau Frenzel-Meyer zur Capellen, Diplom-Psychologin in Göttingen, und mit der Untersuchung befragt, zu dem Ergebnis, dass 40% der Kinder im eigenen Betrieb, 11% im eigenen und fremden und 49% nur im fremden Betrieb arbeiten. Von den "Bauernkindern" arbeiten täglich eine Stunde 13%, zwei und mehr Stunden 41%, von "anderen Kindern" eine Stunde 24%, zwei und mehr Stunden 37%. Diese Zahlen ergeben zusammen mit den Tagebüchern etwa das Bild wie bei einem 14-jährigen Jungen in einer niedersächsischen Gemeinde, der täglich von 7 bis 12 Uhr zur Schule geht und nachher in einer Woche noch zusätzlich 35 Stunden regulär Landarbeiter-Arbeit ("gedroschen, Trecker fahren, gehäckt, gepflügt") hinter sich brachte. Frau Frenzel bemerkt dazu: "Schularbeiten werden abends gemacht, Freizeit gibt es in dieser Woche

nicht". Die erschütterndste Feststellung der Untersuchung besagt, dass 51% aller Testkinder mehr oder weniger, 10% eindeutig überlastet sind.

Eine Untersuchung der Freizeit dieser Kinder fällt nicht weniger deprimierend aus. Etwa 10% haben überhaupt keine Freizeit, 25% kaum eine Stunde. Spielen, die naturgegebene Freizeit-Beschäftigung der Kinder, fällt immer mehr zurück. Immerhin spielt das Lesen dabei eine beträchtliche Rolle. Die knapp bemessene Freizeit verleitet die Kinder immer stärker zu einem der Gewohnheit der Erwachsenen angepassten "passiven Freizeitkonsum"; sie hören Radio, sitzen, wenn vorhanden, vor den Fernsehschirmen, oder schauen zum Fenster hinaus; Zehn- wie Vierzehnjährige.

#### Nur müde Kinder

Die Reaktion der an der Untersuchung beteiligten Lehrer war unterschiedlich. "Ich habe zur Rübenszeit nur müde Kinder", sagte einer dieser Lehrer. Wenn die Zeit des Rüben-Verziehens naht, geht mancher Lehrer mit der ganzen Klasse aufs Feld, weil ein Unterricht ohnedies nicht zustande käme, und die Anwesenheit der Lehrer wenigstens Auswüchse verhindern kann. Andere Lehrer äusserten sich positiv; sie sind der Ansicht, "dass Kinder, die zu geordneter Tätigkeit angehalten werden, auch in der Schule gute Leistungen zeigen".

"Intensiver als die eigenen Kinder"; so fand Frau Frenzel, arbeiten Pflegekinder und Verwandtenkinder. Sie werden häufiger als eigene Kinder zum Einsatz in fremde Betriebe geschickt; meist unter dem Gesichtspunkt, eine erwachsene Arbeitskraft zu ersetzen. In dieser Ansicht wurde Frau Frenzel bestätigt, als sie das Schreiber/eines Bauern fand, der ein Pflegekind mit folgenden Worten anforderte: "Hiermit bestelle ich einen elfjährigen, gesunden, kräftigen Jungen ...".

#### Mängel des Jugendarbeiterschutzes

Frau Frenzel hat, der neutralen Haltung der Agrarsozialen Gesellschaft eingedenk, die erforschten Tatsachen behutsam kommentiert. Anders Frau Dr. Hasenclever von der Arbeiterwohlfahrt. Eingedenk der Tradition der SPD, die bereits 1896 jegliche Kinderarbeit verboten wissen wollte und 1929 im Reichstag in einer Petition die weitgehende Einschränkung der Kinderarbeit vorschlug, nimmt Frau Hasenclever die heutige Stunde zum Anlass, die im Entwurf der Bundesregierung zum neuen Jugendarbeitsschutzgesetz niedergelegten Absichten zu kritisieren. In diesem Entwurf heisst es, es scheint "aus praktischen und wirtschaftlichen Gründen geboten, Kinder und Jugendliche, die im Haushalt oder landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern beschäftigt werden, aus dem Gesetz (Verbot) herauszunehmen". Dem setzt Frau Hasenclever gegenüber, "dass ein völliges Verbot der Kinderarbeit eine selbstverständliche, undisputierbare Angelegenheit sein sollte, es wird Sache des Bundes sein, darüber zu entscheiden, ob es - bald 120 Jahre nach Erlass der ersten Kinderschutzverordnung - in Deutschland zu einem völligen Kinderarbeitsverbot kommen soll, oder ob auch das neue Jugendarbeitsschutzgesetz nicht mehr als einen Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel bedeuten wird".

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel